

Stand: 19.05.2024 14:13:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 15/10533

"NPD-Verbot"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 15/10533 vom 23.04.2008
2. Plenarprotokoll Nr. 121 vom 24.04.2008
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 15/11153 des VF vom 08.07.2008
4. Beschluss des Plenums 15/11207 vom 16.07.2008
5. Plenarprotokoll Nr. 129 vom 16.07.2008

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Franz Maget, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Franz Schindler, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Rainer Volkmann, Florian Ritter, Susann Biedefeld** und **Fraktion SPD**

NPD-Verbot

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über den derzeitigen Stand des Verfahrens der Feststellung der Verfassungswidrigkeit und Auflösung der Nationaldemokratischen Partei zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Inwieweit ist der Freistaat Bayern der Anfrage des Bundesinnenministeriums nachgekommen, fundiertes Beweismaterial einzureichen, das zur bundesweiten Erkenntnissammlung für ein neues NPD-Verbot dienen soll?
2. Inwieweit unterstützt die Staatsregierung ein Verbotsverfahren, unter alleinigem Rückgriff auf öffentlich zugängliche Beweismittel (ohne V-Leute) oder hält die Staatsregierung Informationen von V-Leuten für weiter notwendig?
3. Welche Alternativen sieht die Staatsregierung zu einem NPD-Verbot?
4. Wie beabsichtigt die Staatsregierung gegen das massive Erstarken von rechtsextremen Parteien in Bayern vorzugehen?

Plenarprotokoll Nr. 121 vom 24.04.2008

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Maget,
Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Franz Schindler u.a. und Fraktion SPD**
Drs. 15/10533

NPD-Verbot

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass Satz 1 folgende Fassung erhält:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über den Sachstand der Beratungen in der Innenministerkonferenz über ein eventuelles neues Verfahren zum Verbot der Nationaldemokratischen Partei zu berichten. „

Berichterstatter: **Franz Schindler**
Mitberichterstatter: **Peter Welnhofer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit und der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 86. Sitzung am 12. Juni 2008 beraten und **einstimmig** in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 103. Sitzung am 2. Juli 2008 mitberaten und **einstimmig** der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.
4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 60. Sitzung am 8. Juli 2008 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: 7 Zustimmung, 1 Enthaltung
SPD: Zustimmung
B90 GRÜ: Zustimmung
der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses **zugestimmt**.

Franz Schindler
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Franz Maget, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Franz Schindler, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Rainer Volkmann, Florian Ritter, Susann Biedefeld** und **Fraktion SPD**

Drs. 15/10533, 15/11153

NPD-Verbot

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag über den Sachstand der Beratungen in der Innenministerkonferenz über ein eventuelles neues Verfahren zum Verbot der Nationaldemokratischen Partei zu berichten.

Dabei ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

1. Inwieweit ist der Freistaat Bayern der Anfrage des Bundesinnenministeriums nachgekommen, fundiertes Beweismaterial einzureichen, das zur bundesweiten Erkenntnissammlung für ein neues NPD-Verbot dienen soll?
2. Inwieweit unterstützt die Staatsregierung ein Verbotsverfahren, unter alleinigem Rückgriff auf öffentlich zugängliche Beweismittel (ohne V-Leute) oder hält die Staatsregierung Informationen von V-Leuten für weiter notwendig?
3. Welche Alternativen sieht die Staatsregierung zu einem NPD-Verbot?
4. Wie beabsichtigt die Staatsregierung gegen das massive Erstarken von rechtsextremen Parteien in Bayern vorzugehen?

Der Präsident

I.V.

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer

II. Vizepräsident

Plenarprotokoll Nr. 129 vom 16.07.2008

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)